

Aufgabe und Entwicklung

"Wiedervereinigung - Verteidigung - Europa" ist das die politischen Entscheidungen dieser Tage in ihren Zusammenhängen angehende Thema der 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die am 6. und 7. Juni in Essen stattfindet. Für den 4. Juni ist eine Pressekonferenz im Essener Kaiserhof angesetzt, die vor allem für die örtliche Presse und die in Essen vertretenen Korrespondenten und Rundfunkvertreter bestimmt ist.

Führende Persönlichkeiten der CDU/CSU und des evangelischen Lebens werden auch an dieser Essener Bundestagung teilnehmen. Die Referate der Plenarsitzungen (Bundesinnenminister Dr. Schröder, General Heusinger, Bundesfinanzminister Etzel, Bischof D. Halfmann) werden in verschiedenen Diskussionskreisen, zu denen auch die Presse Zutritt hat, eingehend diskutiert werden. In einer öffentlichen Kundgebung werden sprechen Bundeskanzler Dr. Adenauer, Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier, Ministerpräsident v. Hassel, Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Erhard und Bundestagsabgeordnete Dr. Rehling.

Wir geben als Unterlage für die Berichterstattung und Stellungnahme von Presse und Rundfunk nachstehend einen Überblick über die Zielsetzung der Arbeitskreise und über die Ergebnisse der bisherigen Bundestagungen:

Als in den Tagen vom 14. bis 16. März 1952 auf den Ruf von Hermann Ehlers hin die erste Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Siegen zusammentrat, kennzeichnete der verstorbene Bundestagspräsident Aufgaben und Absicht dieser Tagung folgendermaßen: Menschen aus allen Teilen Deutschlands sollten zusammengeführt werden, die als evangelische Christen in dieser besonderen Verantwortung in der CDU/CSU stünden, um zu versuchen, mit ihnen die wesentlichen Gemeinschaftsfragen zu erörtern, sie in ihrer Verantwortung gegenüber Volk und Staat zu stärken und Grundfragen unseres politischen Handelns zu klären. Ausdrücklich stellte er fest, daß nicht daran gedacht sei, aus dieser Zusammenkunft ein neues politisches Gebilde erwachsen zu lassen, sondern daß die Tagung dazu dienen sollte, den Unionsgedanken in der CDU/CSU, die seit sieben Jahren immer mehr zur politischen Heimat von Christen beider Konfessionen geworden sei und diese im gemeinsamen politischen Handeln verbunden habe, zu festigen.

Der Zusammenschluß der evangelischen Politiker der CDU/CSU im Evangelischen Arbeitskreis hatte seinen äußeren Anlaß in der Tatsache, daß in der Politik durch den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik Probleme aufgetaucht waren, die in tiefere Schichten der Gewissensforschung hineinreichten und einer Klärung auf der Grundlage christlicher Verantwortung bedurften. Auf katholischer Seite war durch feste kirchliche Glaubenssätze und lange politische Tradition von vornherein eine sichere und einheitliche Auffassung gegeben. Im evangelisch-kirchlichen Bereich dagegen entstanden tiefgreifende Spannungen, die vor allem die Gefahr einer Verwischung und Vermischung religiöser und politischer Gesichtspunkte mit sich brachten. Damit hatte sich in evangelischen Kreisen weitgehend eine starke Unsicherheit ergeben. Hermann Ehlers und ein Kreis engerer Gesinnungsfreunde hatten sich bereits seit längerem bemüht, die hier anstehenden Fragen in oft harter Auseinandersetzung mit andersdenkenden evangelisch-kirchlichen Gruppen zu klären. Damit erwies sich immer deutlicher die Notwendigkeit, in gemeinsamer Arbeit die Grundlagen für eine Stellungnahme zu den verschiedenen Problemen zu schaffen und von diesen Grundlagen aus dann an die Fragen der praktischen Politik heranzugehen. Der Arbeitskreis will den Glaubensbrüdern innerhalb und außerhalb der Partei im Blick auf die politischen Dinge eine echte Hilfe gewähren. Es geht darum, den evangelischen Christen zu einer von Illusionen und Ressentiments freien, nüchternen Betrachtung der politischen Fragestellungen zu führen.

Richtunggebend für die Tätigkeit des Arbeitskreises bleibt die Betonung der Pflicht auch des evangelischen Christen, sich der Anteilnahme an der Gestaltung des öffentlichen Lebens nicht zu versagen, da der Christ, entgegen der Auffassung, der Glaube habe mit Politik nichts zu tun, keinen Bereich seines Lebens aus seinem Christsein ausscheiden darf.

Bundeskanzler Dr. Adenauer bestätigte mit seiner Anwesenheit und seinen Ausführungen auf der Siegener Tagung, wie sehr auch er die stärkere Aktivierung evangelischer Kräfte in der Union wünsche. Er erklärte u.a.:

"Die Evangelischen und Katholiken in der Union sind im Ziele ihrer politischen Arbeit völlig eins. Aber die Evangelischen brauchen für manche Lösungen andere Begründungen als die Katholiken. Darum sind solche besonderen Tagungen notwendig. Sie bringen keine Separation, sondern sie sind eine fruchtbare Aktion im Rahmen der Gesamt-CDU."

Gründungstagung in Siegen, 14. bis 16. März 1952

In Siegen wurden in drei Arbeitsgruppen die Themen "Unsere kulturpolitische Aufgabe", "Die gesellschaftliche Ordnung" und "Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland" behandelt und Stellungnahmen zur Schulfrage, zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen und - in besonders ausführlicher und eindrucksvoller Weise - zum Verteidigungsbeitrag erarbeitet.

Aus den Entschliefungen

In den Entschliefungen, die als Ergebnis erzielt wurden, heißt es u.a.:

"Wir wissen, daß politische Fragen nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden müssen. Das entbindet uns nicht von der Aufgabe, jede politische Entscheidung sowie jede andere Entscheidung unseres persönlichen Lebens darauf zu prüfen, ob sie vor dem Worte Gottes bestehen kann. Wir verwahren uns aber dagegen, daß politische Entscheidungen als Glaubensentscheidungen hingestellt werden...

Wir hoffen, daß unsere evangelischen Glaubensgenossen erkennen, daß wir auch in der Politik zu einer besonderen evangelischen Verantwortung gerufen sind, und erwarten, daß wir in unserer Arbeit ihre Hilfe mehr, als es bisher oft der Fall war, finden. Wir erwarten auch, daß unsere evangelische Kirche, vor allem in ihren verantwortlichen Männern und Kirchenleitungen, dazu hilft, daß unser Wollen ernstgenommen wird. Dazu gehört insbesondere, daß allen Versuchungen gewehrt wird, die sachliche Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten, der wir uns jederzeit gern stellen, durch eine unsachliche Verschiebung christlicher Argumente zu überdecken. Wir wollen, daß politische Fragen nüchtern und sachlich politisch erörtert werden. Wenn das geschieht, werden wir uns jederzeit unter die Verantwortung vor dem lebendigen Gott rufen lassen."

Die von der Siegener Tagung ausgehenden Impulse führten zur Gründung von Evangelischen Arbeitskreisen in den einzelnen Landesverbänden der CDU/CSU und später vielfach auch auf der Kreisebene. In Bonn wurde eine Geschäftsstelle geschaffen. Als Organ des Evangelischen Arbeitskreises erschien ab März 1953 in monatlicher Folge die "Evangelische Verantwortung".

2. Jahrestagung in Hannover, 5. bis 7. Juni 1953

Die Tagung hatte zum Ziel, die in Siegen begonnene Besinnung auf die besondere evangelische Verantwortung im Rahmen der CDU/CSU weiter zu vertiefen. Diesem Ziel diente das Gespräch in vier Arbeitsgruppen mit den Themen "Evangelische Kulturpolitik", "Die Frage des politischen und militärischen Neutralismus in Europa", "Das Verhältnis von politischen Parteien und Kirche" und "Christlicher Realismus in der Sozial- und Wirtschaftspolitik".

Aus den EntschlieÙungen

In den angenommenen EntschlieÙungen wurden folgende Gedanken zum Ausdruck gebracht:

(Zum Thema "Evangelische Kulturpolitik")

"Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU beobachtet mit Empörung die Christenverfolgung in der sowjetisch besetzten Zone, die das, was wir in der Nazizeit erlebt haben, noch weit hinter sich läÙt. Jeder muß jetzt erkennen, wohin der Totalitätsanspruch des Staates, insbesondere auf dem Gebiet der Kulturpolitik, nicht zuletzt in der Schule, führt. Wir lehnen jeden Totalitätsanspruch ab und bestreiten ganz besonders, daß das Erziehen und Lehren ein ursprüngliches staatliches Hoheitsrecht sei. Der Staat ist nicht Herr der Schule, sondern soll mit den ihm gemäÙen Mitteln der Schule dienen. Im Mittelpunkt aller unserer Bemühungen als evangelische Politiker steht der Mensch in seiner Eigenart und in seinen besonderen Bindungen und Beziehungen. Seine persönliche Verantwortung für sein und seiner Umwelt Leben muß geweckt und gestärkt werden. Sie kann letztlich durch keine über- und unpersonliche Institution vollgültig übernommen werden... Auch ein - etwa durch Staat oder Kommune - stellvertretend übernommener Dienst muß sich seiner auftragsweisen Betätigung ständig bewußt bleiben...

Wir rufen die evangelische Eltern- und Lehrerschaft in die Verantwortung. Die Verwirklichung der Elternverantwortung in evangelischer Sicht ist nur möglich, wenn die Eltern am Leben, an der Arbeit und der Verwaltung der Schule in vertrauensvoller enger Zusammenarbeit mit den Lehrern tatsächlich verantwortlich beteiligt werden...

Wir evangelischen Politiker fordern in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz weitestgehende Förderung der Privatschulen, insbesondere ihre rechtliche und finanzielle Gleichstellung mit den öffentlichen Schulen..."

(Zum Thema "Neutralismus in Europa")

"Es ist eine Verkennung unserer eigenen Möglichkeiten, zu behaupten, daß wir unser Ziel der Wiedervereinigung ohne Freunde und Verbündete erreichen können. Neutralität der Bundesregierung würde Abkehr vom Westen, den Verlust unserer Freunde und damit die Auslieferung an die Sowjetunion bedeuten... Es ist eine Ver-

kennung der Politik der Westmächte, anzunehmen, sie müßten unsere Freiheit unter allen Umständen verteidigen, auch wenn wir selbst nicht bereit sind, hierzu einen Beitrag zuleisten. Wir achten das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit aus christlicher Gewissensentscheidung. Wir machen aber mit allem Ernst darauf aufmerksam, daß ein solches Bekenntnis nur möglich ist, solange die Söhne der freien Völker für uns Waffen tragen. Im Machtbereich der Sowjetunion ist das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit Staatsverbrechen... Die Behauptung, daß militärische Bereitschaft zwangsläufig zum Kriege führe, ist eine unverantwortliche Irreführung. Die Vergangenheit lehrt, daß Nicht-rechtzeitige-Verteidigungsbereitschaft erst recht Kriege heraufführen kann... Der europäische Soldat der Zukunft soll nicht Schlachten gewinnen, sondern Kriege verhüten...

Wir führen unsere Politik im Bewußtsein unserer ständigen Verantwortung für die Menschen in der Sowjetzone... Nirgends ist die Zustimmung zu dieser Politik größer als in der Sowjetzone. Nirgends ist die Ablehnung einer neutralistischen Politik entschiedener als dort."

(Zum Thema "Parteien und Kirche")

"Wir stellen fest, daß die Übernahme eines politischen Auftrags im Rahmen der CDU/CSU die lebendige Zugehörigkeit zur Gemeinde Jesu Christi voraussetzt. Wir legen Wert darauf, daß die Aufgaben von Kirche und politischen Parteien sorgfältig gegeneinander abgegrenzt werden. Wir haben erkannt, daß jede politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betätigung im öffentlichen Leben von einem an Gottes Wort gebundenen Gewissen bestimmt sein sollte.

Wir erkennen an, daß die Träger eines kirchlichen Amtes wegen ihres seelsorgerischen Auftrages an allem in der politischen Auseinandersetzung des Tages eine gewisse Zurückhaltung bewahren müssen. Das entbindet sie aber nicht von der Verpflichtung, sich über die Tatsachen zu unterrichten, die das politische Handeln bestimmen, persönlich am politischen Geschehen Anteil zu nehmen und Stellung zu beziehen. Dabei ist jedoch der Anschein zu vermeiden, als bedeute die persönliche Stellungnahme jeweils eine verbindliche Entscheidung der Kirche. Wie jedes andere Gemeindeglied darf auch der christliche Politiker erwarten, daß die Kirche ihn in seiner politischen Verantwortung nicht im Stich läßt.

Die Zusammenarbeit der Konfessionen mit dem Ziel einer Stärkung der christlichen Verantwortung im politischen Leben Deutschlands liegt uns besonders am Herzen. Wir möchten sie weder durch überkommene Vorurteile noch durch konfessionelle Engherzigkeit gefährdet sehen. Wir erklären aber nachdrücklich, daß durch die Zusammenarbeit der Konfessionen im politischen Raum die Konfessionsunterschiede weder beseitigt noch verharmlost werden sollen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ruft den gesamten evangelischen Volksteil aus seiner politischen Gleichgültigkeit heraus. Er will auch verhindern, daß die evangelischen Kräfte im politischen Bereich zersplittert werden. Damit wird zugleich die Behauptung widerlegt, die CDU/CSU sei eine einseitig katholische Partei. In der redlichen Zusammenarbeit aller Christen sehen wir eine wesentliche Voraussetzung für den Frieden in Freiheit."

3. Jahrestagung in Wuppertal, 11. bis 13. Juni 1954

Generalthema der Tagung war "Das evangelische Verständnis von Staat und Politik". In fünf Arbeitsgruppen wurden folgende Themen erörtert:

"Evangelische Staatsauffassung und Demokratie", "Überwindung der Verweltlichung des Lebens", "Aufgaben und Grenzen des Staates in der Erziehung", "Familienrechtsprobleme der Gegenwart" und "Das evangelische Anliegen bei der Wiedervereinigung Deutschlands".

Aus den Entschliefungen

"Wir wiederholen unseren Ruf, daß der evangelische Politiker in der Gemeinde mitarbeitet. Wir treten dem Versuch, die christliche Besinnung auf die Verantwortung in Staat und Politik als Klerikalisierung oder Konfessionalisierung zu diffamieren, entgegen. Unser evangelisches Verständnis des Staates bewahrt uns davor, die Aufgaben von Staat und Kirche zu vermischen. Wir wünschen nicht, daß die Kirche den Staat beherrscht, ebenso wie wir uns in der Erinnerung an die Beschlüsse der Barmer Bekenntnissynode vor 20 Jahren dagegen wehren, daß der Staat sich die Herrschaft über die Kirche anmaßt. Wir wollen auch die Aufgaben von Partei und Kirche nicht ineinandermengen. Wir erkennen aber, daß die Anrufung der Freiheit gegen die Wahrnehmung einer christlichen Verantwortung in der Politik keine Beweiskraft hat. Es gibt keine stärkere Sicherung der Freiheit der Menschen als das Ernstnehmen des Wortes Gottes. Dieses Wort bewahrt uns davor, das Leben der Menschen und des Staates einem falschen, veräußerlichten Freiheitsbegriff und damit der Hemmungslosigkeit zu unterstellen.

Das Wort Gottes erhebt einen umfassenden Anspruch auf das Leben der Menschen. Es gibt keinen Bereich, der ihm verschlossen sein darf. Darum wollen wir auch, daß in der Schule Raum für eine die Gesamtheit der Erziehung bestimmende christliche Grundlage ist... Ob es Schulen für Schüler aller Bekenntnisse oder jeweils für Kinder eines Bekenntnisses gibt, ist landschaftlich und nach dem Willen der Eltern verschieden geregelt. Immer müssen Lehrer und Schüler in vollem Umfang die Freiheit haben, in der Schule - und zwar in allen Fächern - als Christen zu leben. Das ist unseres Erachtens die wirksamste Sicherung der Freiheit der Persönlichkeit...

Wir sind uns der vorhandenen Unterschiede in den Anschauungen evangelischer und katholischer Christen zu manchen Fragen bewußt. Wir fühlen uns aufgrund der Erfahrungen unserer gemeinsamen politischen Arbeit nur in unserem Willen bestärkt, sie fortzusetzen. Wer uns zur Wahrnehmung einer angeblichen evangelischen Verantwortung gegenüber katholischen Machtansprüchen aufruft, müßte uns erst sichtbar machen, daß er das aus der gleichen kirchlichen Verantwortung tut, in der wir stehen wollen, und daß er an der kirchlichen Besinnung und Entwicklung, die zu unserem Wege führte, teilgenommen hat...

Als Christen, denen die Verantwortung für die Nächsten auch in der Politik besonders befohlen ist, wissen wir uns den zur Zeit von uns getrennten Brüdern unlöslich verbunden. Wir rufen uns und unsere Freunde zur täglich neuen und stärkeren Bekundung dieser Gemeinschaft durch jede mögliche Form der Begegnung und

Hilfe auf. Wir wissen aber auch, daß die politische Gemeinschaft der Deutschen nur das Ergebnis nüchternen politischen Handelns und Verhandeln sein kann. Die bisherige Politik der Bundesregierung hat dazu geführt, daß es ein handlungsfähiges Deutschland gibt, das die erste Grundlage einer Wiedervereinigung ist... Wir sind bereit, mit jedem, der zur deutschen Einheit in Freiheit wirklich helfen will, zu verhandeln. Wir wissen aber auch, daß wir dem deutschen Volke keinen Dienst tun, wenn wir die Einheit durch den Verlust der Freiheit erkaufen wollen. Unser Verständnis der politischen Verantwortung gebietet uns, auf dem bisherigen Wege der Stärkung der europäischen Zusammenarbeit und der Wiedervereinigung in Freiheit weiterzugehen."

4. Jahrestagung in Worms, 6. bis 8. Mai 1955

Die Bundestagung in Worms war die erste, die ohne den Begründer und Vorsitzenden des Arbeitskreises, Hermann Ehlers, unter der Leitung von Robert Tillmanns durchgeführt werden mußte. Ihr noch von Hermann Ehlers bestimmtes Generalthema lautete "Christ und Vaterland". In drei Arbeitsgruppen beschäftigte man sich mit den Unterthemen "Unser Volks- und Staatsbewußtsein", "Unsere Verteidigungspflicht" und "Unser Auftrag für Gesamtdeutschland".

Aus den EntschlieÙungen

(Zum Thema "Unser Volks- und Staatsbewußtsein" und "Auftrag für Gesamtdeutschland")

"Durch den völligen Zusammenbruch, der vor 10 Jahren nicht ohne eigene Schuld über unser Volk gekommen ist, und durch alle Nöte, die daraus entstanden sind, werden wir gemahnt, das, was Gott uns in der Gemeinschaft unseres Volkes als Grundfrage unserer geistigen und leiblichen Existenz gegeben hat, erst recht ernst zu nehmen. Wir stehen in Liebe und Treue zum deutschen Vaterland, gerade, weil es seine innere und äußere Gestalt noch nicht wiedergefunden hat. Nur durch die Kraft unserer tätigen Bejahung der Bundesrepublik Deutschland wird die staatliche Einheit unseres Vaterlandes erwachsen..."

Dem deutschen Volk innerhalb des Bereichs der sowjetischen Besatzungsmacht blieb es bisher versagt, an diesem Weg teilzunehmen. Die Besetzung dieses deutschen Teilgebietes wurde zu dem Versuch mißbraucht, der Bevölkerung ein ihr wesensfremdes Lebenssystem aufzuzwingen und ihr die freiheitliche und soziale Wertordnung vorzuenthalten, in der sich allein die guten und gesunden Kräfte unseres Volkes entfalten können.

Aufgabe und Auftrag des nächsten Abschnittes deutscher Politik bleibt, die noch voneinander getrennten Teile des deutschen Volkes in einem gemeinsamen Staat zu vereinen. Wir sind uns der Verflochtenheit der politischen Probleme in der ganzen Welt bewußt... Für kein Volk ist daher eine allgemeine politische Befriedung in der Welt drängender als für unser Volk. Innerhalb einer solchen Befriedung und aufgrund unseres Rechtes auf Heimat und Selbstbestimmung wollen wir unser gemeinsames staatliches Leben und seine Neuordnung nach den Werten einrichten, die unserem Wesen und unserer Geschichte entsprechen... Nur in der Verbindung mit den freien Völkern kann das deutsche Volk seine Einheit in Frieden und Freiheit wiedererlangen. Wir sehen keinen anderen dritten Weg.

Dem totalitären System des Kommunismus stellen wir den Auftrag gegenüber, der uns von der Freiheit des christlichen Menschenbildes her erteilt ist... zu einer sozialgerechten Ordnung und zu einem friedlichen und brüderlichen Zusammenleben mit den anderen Völkern..."

(Zum Thema "Verteidigungspflicht")

"Unser Staat wird erst dann gesichert sein, wenn im ganzen Volk auch die Verteidigung als Notwendigkeit empfunden wird. Alle Bürger müssen darin auch eine sittliche und soziale Aufgabe sehen. Die Verteidigung unserer Freiheit nach außen verlangt eine sorgfältige Wahrung der menschlichen Würde des einzelnen. Der Verteidigungswert der Streitkräfte und damit die Sicherung von Recht und Frieden hängen von dem Maße ab, in welchem dem einzelnen Soldaten Freiheit und Verantwortung zugewiesen werden, so daß er den von ihm geforderten Gehorsam persönlich bejahen kann... Der Geist unserer Streitkräfte ist Teil und Ausdruck unserer demokratischen Staats- und Lebensordnung. Beide sind unlösbar miteinander verbunden."

5. Jahrestagung in Berlin, 11. bis 13. Oktober 1956

Antworten auf die "Herausforderungen der Zeit" gab die Berliner Tagung in der Freien Universität. Im einzelnen befaßte sich die Tagung wieder mit den Fragen christlicher Verantwortung in der Politik und mit der Spaltung der Welt und den hieraus entstandenen Problemen auf kultur-politischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Die Grundlage für die Aussprache in den Arbeitskreisen gaben Referate von Kultusminister Osterloh, Kiel, Landesbischof D. Hertrich, Hamburg und Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard. Die Tagung fand nach dem Tode von Robert Tillmanns unter der Leitung von Bundesinnenminister Dr. Schröder und unter Teilnahme führender Vertreter der evangelischen Kirche statt. Auch Bundeskanzler Dr. Adenauer ergriff das Wort.

Aus den Entschlieûungen

(Zum Thema "Kulturpolitik")

"Unsere Schul- und Kulturpolitik in der Bundesrepublik leistet ihren entscheidenden Beitrag zur Wiedervereinigung durch die geistige Überwindung des kommunistischen atheistischen Materialismus. Dieser muß in seiner Theorie und Praxis studiert und durch unser eigenes kulturelles Leben widerlegt werden. Dazu ist erforderlich, daß die Kulturpolitik in der Bundesrepublik ihre Gefährdung durch eine Verzettelung ihrer Kräfte in nächster Zukunft überwindet und unter Wahrung ihrer föderalistischen Prägung ihre Willensbildung und ihre Arbeit konzentriert..."

Die Eltern haben das Recht und die Pflicht, ihre Verantwortung auch durch Mitarbeit an der Gestaltung des Schullebens wahrzunehmen. Wir haben zu den christlichen Lehrern das Vertrauen, daß sie unsere Kinder nicht nur im Religionsunterricht, sondern in der gesamten Erziehung mit den Kräften des Glaubens zu verbinden trachten.

Die Gewissheit unseres Standortes begründet unsere Toleranz gegenüber jeder echten Überzeugung..."

(Zum Thema "Christlich" in der politischen Verantwortung)

"Das Wort 'christlich' im Namen unserer Partei bedeutet die Anerkennung des Anspruchs Gottes, daß auch in der Politik die Maßstäbe christlichen Glaubens und Lebens gelten. Es bedeutet nicht einen Anspruch darauf, daß die Praxis unserer Partei schlechthin als christliche Politik anzusehen wäre, und ebensowenig einen Anspruch darauf, daß alle im öffentlichen Leben tätigen Christen unserer Partei angehören müßten.

Ob Geistliche einer Partei beitreten und in ihr aktiv mitarbeiten sollen, ist keine grundsätzliche Frage. Die Pfarrer müssen in erster Linie Seelsorger für ihre Gemeinde sein, sie müssen also auch für die Mitglieder anderer Parteien glaubhaft bleiben.

Man kann sich nicht mit der Forderung begnügen, daß der Christ in der Politik eine mehr oder weniger unverbindliche 'christliche Haltung' zeigen und im übrigen rein nach Zweckmäßigkeitspunkten handeln soll. Für den Christen, der mit der Kirche lebt, ergeben sich aus seinem Glauben auch bestimmte inhaltliche Maßstäbe für das politische Handeln. Sie entsprechen den Weisungen der Zehn Gebote in ihrem neutestamentlichen Verständnis.

Das Zeitalter der Staatsreligion ist vorbei. Der heutige Staat hat weltanschaulich neutral zu sein und der Kirche einen weiten Spielraum für die Erfüllung ihrer Aufgabe, vor allem auf den Gebieten der Erziehung und Wohlfahrt zu verbürgen."

(Zum Thema "Wirtschaft und Materialismus")

"Das an sich gesunde Streben nach Verbesserung des Wohlstandes und der Sicherheit darf nicht zu einem Aufkommen materialistischer Gesinnung führen. Deshalb besinnt sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU von neuem auf die geistigen Grundlagen seines Wollens auch in der Wirtschaftspolitik. Verpflichtend ist für ihn die Werteordnung, die die politische Haltung der CDU/CSU von Anfang an bestimmt hat und die Bestandteil des Grundgesetzes geworden ist.

Diese Werteordnung schließt folgendes ein:

1. Ein ausreichendes Maß an Lebenssicherung und Versorgung für jeden einzelnen, um ihm Freiheit und Menschenwürde zu gewährleisten.
2. Die fortschreitende Technik darf den Menschen nicht beherrschen, sondern muß sein Werkzeug bleiben.
3. Unsere freiheitliche soziale Wirtschaftsordnung muß sowohl gegenüber bedrohlichen Tendenzen zum Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat als auch gegenüber dem Mißbrauch von Machtstellungen in der Wirtschaft abgesichert werden."

6. Jahrestagung in Kassel, 20. bis 22. Juni 1957

Die Bundestagung in Kassel stellte unter Leitung von Bundesinnenminister Dr. Schröder heraus "Die geschichtlichen Kräfte des deutschen Protestantismus und unser politischer Auftrag" (Staatsminister a.D. Dr. Schmidt, MdB.), "Die Krise der Autorität" (Prof. Dr. Müller-Schwefe, Hamburg), und "Die verantwortliche Gesellschaft" (Prof. Dr. Böhm, MdB).

Aus den Entschliefungen

Die Ergebnisse der Tagung wurden in einer "Kasseler Erklärung" zusammengefaßt, die den evangelischen Christen aufforderte, sich der großen Wahlentscheidung des Jahres zu stellen:

"Der einzige neue politische Ansatz nach 1945 ist der Weg der Christlich-Demokratischen/Christlich-Sozialen Union. In ihr schlossen sich erstmals evangelische und katholische Christen in Verantwortung für das öffentliche Leben zusammen. Dieser gemeinsame Weg hat sich bewährt.

Wir sind unter dem Zeichen 'christlich' angetreten. Damit haben wir keinen Monopolanspruch erhoben. Wir haben uns vielmehr selbst herausgefordert, indem wir uns unter diese gemeinsame Verpflichtung gestellt haben. Das bedeutet kein Urteil über andere.

Wir Evangelischen bringen ein reiches und vielfältiges Erbe in die CDU/CSU ein: ein konservatives, ein pietistisches, ein liberales, ein christlich-soziales Erbe; nicht zuletzt den Ertrag des kirchlichen und politischen Widerstandes gegen totalitäre Gewalten.

Die katholischen und evangelischen Christen in der CDU/CSU sind sich des Wertes ihres beiderseitigen Beitrages bewußt. Darum Schluß mit dem unheilvollen antirömischen Komplex! Unsere Gegner möchten gern aus der CDU/CSU eine katholische Partei machen. Diese Bemühungen sind aussichtslos.

Die Union ist Wirklichkeit!

Das wissen auch unsere politischen Gegner. Würden sie sonst versuchen, ihre Wahlparolen dieser neuen Entwicklung anzupassen?

Unser Auftrag in der CDU/CSU ist unter dem Zeichen 'christlich' jenseits von Standes- und Klassengegensätzen zu einem verpflichtenden Miteinander der bewahrenden, der freiheitlichen und der sozial-fortschrittlichen Kräfte geworden.

Das hat uns stark gemacht. Das hat uns den Weg zum Aufstieg Deutschlands gewiesen.

Das ist auch der Weg zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Er gebietet uns, das Leid unserer Brüder im sowjetischen Machtbereich in diesem Geist eines neuen Verstehens und persönlicher Opfer auf uns zu nehmen.

Wir wollen uns in diesem Wahlkampf mit unseren Gegnern auf der Grundlage verantwortlicher Aufbauarbeit für Deutschland messen. Die aber spricht für die Christlich-Demokratische/Christlich-Soziale Union.